

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Spezial-Konto: Hannover 57613
Spezial-Konto: Essen . . . 24171

Der Abonnementspreis beträgt durch den Boten oder durch die Post bezogen monatlich 10000 Mark — Post- und Geschäftsangelegen jeder Art werden nicht angenommen



Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schudy, Bochum. Druck: G. Hansmann & Co., Bochum
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42

Telefon-Nummern: 88, 89, 98
Telegraph: Arbeiterband Bochum

An unsere Verbandsmitglieder!

Die katastrophale Geldentwertung bedroht die Finanzen, die Einrichtungen und damit die Aktionsfähigkeit des Verbandes aufs schwerste. Im Hinblick auf die Gefahren, die der gesamten Arbeiterbewegung drohen durch Arbeitslosigkeit, Arbeitszeitverkürzung, Lohnsenkung usw., ist es selbstverständliche Pflicht eines jeden Mitgliedes, Opfer zu bringen, um den Verband stark und aktionsfähig zu erhalten. Vorstand und Bezirksleiter haben deshalb auf Grund des § 10 Ziffer 1 des Statuts beschlossen, einen

Extrabeitrag

in Höhe eines durchschnittlichen Wochenbeitrages

auszuschreiben. Dieser Extrabeitrag soll von der 36. Beitragswoche ab vorläufig in vier Wochenraten dergestalt erhoben werden, dass der jeweilige Wochenbeitrag um 25 Prozent erhöht wird. Diese Erhöhung kommt in den auszubehenden Beitragsmarken für die 36. bis einschliesslich 39. Woche zum Ausdruck. Jedes Mitglied ist verpflichtet, diesen Beitrag zu entrichten. Wir erwarten, dass den Einkassierern keine Schwierigkeiten gemacht werden.

Kameraden! Ihr alle kennt die Gefahren, die mit der unheimlichen wirtschaftlichen Entwicklung dem Verbandsgebiet drohen. Wir sind überzeugt, dass ihr das geforderte Opfer freudig bringen werdet. **Wichtig ist aber, dass die Beiträge wöchentlich pünktlich gezahlt und von den Funktionären auf dem schnellsten Wege abgeführt und der Hauptkasse übermittelt werden.** Nur wenn die Funktionäre und Mitglieder allseitig zusammenarbeiten, ist es möglich, die augenblicklichen Schwierigkeiten zu überwinden.

Nachstehende Angaben zeigen unseren Kameraden, wie katastrophal sich die Entwicklung auf die Finanzen des Verbandes auswirken musste. Da wir verschiedenartige Beiträge in verschiedenen Revieren haben, können wir nur Durchschnittswerte angeben. Im Durchschnitt betrug im ganzen Verbandsgebiet der Julibeitrag 6800 Mk., der Augustbeitrag 235500 Mk. Die Julibeiträge standen im August nur zu einem sehr geringen Bruchteil der Hauptkasse zur Verfügung und es liefen zum Teil sogar noch die Beiträge aus dem Monat Juni erst ein.

So wenig unsere Kameraden ihren Haushalt mit dem Lohn aus dem Monat Juni bestreiten können, ebenso wenig kann der Verband die August-Ausgaben mit den Beiträgen aus dem Monat Juni bestreiten.

Ein Waggon Druckpapier, der im Monat Juli 78 Millionen Mark kostete, musste im August mit 565 Millionen Mk. bezahlt werden. Im September wird er mindestens 1 Milliarde Mark kosten. Infolge der Ruhrbesetzung müssen wir die „Bergarbeiter-Zeitung“ an verschiedenen Stellen drucken lassen. An einer Stelle zahlten wir im Juli nur für den Druck einer vierteljährigen Zeitung, ohne Satz, Papier und Expedition, 33 Millionen Mark, im August dagegen für nur eine zweiseitige Zeitung 485 Millionen Mark. Auch diese Ausgabe wird im September voraussichtlich 1 Milliarde Mark betragen.

Diese kurzen Angaben müssen unseren Kameraden als Beweis für die unabwendbare Notwendigkeit eines Extrabeitrages in Höhe eines durchschnittlichen Wochenbeitrages genügen. Sie müssen auch unseren Funktionären zeigen, dass die wöchentliche Beitragskassierung und schnellste Abführung der einkassierten Beiträge eine absolute Notwendigkeit sind.

Löhne im Kohlenbergbau.

Für die Woche vom 27. August bis 2. September wurden die Löhne um 42,1 Prozent der vorwöchentlichen Löhne erhöht. Die bei der Berechnung sich ergebenden Beträge werden auf 10000 Mark abgerundet. Es betragen also die Durchschnittslöhne einschließlich Soziallöhne für diese Woche:

Revier	Lohn	Mitteldeutsche Braunkohle:
Rheinisch-westfälischer Stein- und Braunkohlenbergbau	9000000 Mk.	Sachsenrevier 8540000 Mk.
Ob- und Niederschlesien	7220000	Randrevier 1 5% weniger
N.-Schlesien	668.000	Randrevier 2 8% "
Sachsen	8930000	Randrevier 3 10% "
N.-Sachsen	6400000	Bayern:
Südbahnen	6680000	Reichsholz 6540000 Mk.
		Steinkohle 6660000 "
		Braunkohle 6530000 "

Für die übrigen Reviere wurde noch verhandelt und vor Redaktionsschluss war keine Nachricht zu erhalten.

Das Wertbeständigkeitsabkommen für den Bergbau ist von den Unternehmern gekündigt worden. Angeblich hat die Kündigung nur formelle Bedeutung. Man geht aber nicht fehl in der Annahme, dass es den Unternehmern um eine Verschlechterung des Abkommens zu tun ist. Sie waren sehr schwer dazu zu bringen, das Prinzip der Wertbeständigkeit des Lohnes bis zum Zahlungstermin anzuerkennen. Sie wollen die Wertbeständigkeit für die Verbrauchswoche, während die Arbeiter sie für die Verbrauchswoche wollen. Bei den kommenden Verhandlungen wird sich zeigen, was die Unternehmer wollen.

Macht gegen Not!

Unfassbar ist das Elend, das die letzte Phase des Weltkriegs, die Ruhraktion, über die Bewohner dieses Gebietes wie über die arme Bevölkerung ganz Deutschlands gebracht hat. Die Gewaltpolitik Frankreichs, die Profitsucht deutscher Kapitalistenkreise und die Unfähigkeit der Cuno-Regierung führten zu immer tollerem Geldentwertung und Teuerung, so dass fünf Minuten vor dem Zusammenbruch das erfüllt oder wenigstens zu erfüllen versprochen wurde, was die Arbeitnehmerschaft seit Jahr und Tag forderte: Zugriff auf den Besitz zur Ordnung der deutschen Finanzen. Die Erfassung der Sachwerte wurde von der freiorganisierten Arbeiterschaft seit Jahr und Tag gefordert. Von allen Seiten wurde sie abgelehnt, die Kommunisten verschrien sie als einen neuen sozialdemokratischen Volksbetrug, alle Bürgerlichen wehrten sich dagegen im vermeintlichen Interesse ihres Geldbetrugels. Endlich, nachdem dem Reich und jedem Bürger das Wasser bis zum Hals stand, als Hungerkrawalle alles zu vernichten drohten, der Wert der Mark ins bodenlose Nichts versunken und die Reichsschulden und der Banknotenumlauf ins Phantastische gestiegen waren, liegte der Gedanke der Sachwertverfassung.

Vor seinem Auseinandergehen nahm der Reichstag eine Entschliessung der neuen Koalitionsparteien und der Bayerischen Volkspartei an, welche besagt:

„Die Reichsregierung wird ersucht, alsbald Gehehenswürdiges vorzulegen, welche durch Befassung der Vermögenswerte der Wirtschaft und durch den Übergang zu einer wertbeständigen Währung eine Sanierung der Reichsfinanzen und eine Stärkung des Reichstabinetts in die Wege leiten.“

Wie rasch und energig diese Entschliessung Erfüllung findet, davon hängt die künftige Entwicklung nicht zuletzt ab.

Die neuen Besitztümer wurden unter dem Druck der Stunde noch kräftiger, als die Cuno-Regierung sie vorzuschlug: Zehnfacher Zwangsanzleihebetrag als erste Rate der Brotverforgungsbücherei; Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer, die das 100- bis 400fache der Steuer für 1922 beträgt; das Doppelte dieser Vorauszahlung als Rhein- und Ruhrabgabe und eine sehr hohe Steuer für Kraftfahrzeuge.

Nur ein Teil dieser Erkenntnis vor einigen Monaten: das Elend des Volkes wäre nicht so groß geworden und hätte sich nicht in Hungerkrawalle Luft gemacht. So sehr solche Krawalle schaden statt zu nützen, so verständlich sind sie, wenn man die Entwicklung der Preise betrachtet. Die Zeiten, in denen die Großhandelspreise zögernd dem Dollar und dem in wochenlangem Abstand die Kleinhandelspreise folgten, sind längst dahin. Der heutige Stand des Dollars wirkt sich sofort, in einigen Stunden in den Kleinhandelspreisen aus, einerseits, ob es sich um inländische oder ausländische Waren handelt.

Die Lebenshaltungskosten zeigen nach dem Reichsindey folgende Entwicklung:

Jahr	Index	Veränderung
1913/1914	100	
1923		
Januar-Durchschnitt	1120	+ 12%
März	2854	+ 156%
Stichtagsziffern		
25. April	3061	+ 206%
16. Mai	3737	+ 273%
18. Juni	6050	+ 505%
20. Juni	9272	+ 827%
27. "	11785	+ 1078%
4. Juli	16180	+ 1518%
11. "	21511	+ 2151%
16. "	26592	+ 2659%
23. "	30336	+ 3033%
30. "	71476	+ 7147%
6. August	140631	+ 14063%
13. "	436035	+ 43603%

Man kann im Zweifel sein, ob selbst die neue verbesserte Reichsindey die Teuerung richtig erfasst, eine Menge Lebensmittel und Bedarfsartikel zeigen eine das millionenfache überschreitende Wertsteigerung. Nicht allein deshalb, weil die Waren knapp sind, sondern weil mit jeder Ware zum Zweck des Gewinnes spekuliert wird. Weizenmehl kostete am 6. August 9,1 Mill. Mk. die Tonne, am 20. August bis 28,5 Millionen. Nicht nur, weil der Bedarf und die zunehmende Geldentwertung die Preise trieb, sondern auch, weil „Versicherungsbedürftige“ ihr Geld in solchen Waren anlegten, um sie später mit Gewinn zu verkaufen. Rohreisen, im Frieden 10—12 Mark kostend, war am 16. August 1923 auf 99,45 Millionen, Spiegeleisen auf 151 Mill. Mk. je Tonne gestiegen.

Die Zwangswirtschaft für Nahrungsmittel usw. wurde abgeschafft, dafür blüht stärker als je die Zwangswirtschaft der Kartelle, Syndikate und Interessentenvereinigungen. Ohne die Unschädlichmachung dieser Macht gibt es keine vernünftige Entwicklung. Wahrscheinlich zwingt auch die Not der Zeit wieder zu Zwangsmassnahmen zur Sicherung der Lebensmittelversorgung, weil die armen Leute von Versprechungen der Landwirte nicht satt werden.

Auf dem Gebiet der Finanz- und Währungspolitik, von dem aus allein wirksam die Not unterbunden werden kann, werden scharfe Kämpfe einsetzen. Die Not zwingt die Reichsregierung zur brutalen Unterdrückung der Spekulation, zu einer Finanzpolitik, die nicht immer steigende neue Reichtümer in die Geldschränke der Spekulanten leitet. Dagegen wehrt sich alles, was Weissen hat.

Einen Ausweg aus der Not dieser Zeit gibt es nur nach den Richtlinien, wie die Arbeitnehmerschaft sie seit Jahr und Tag vertritt. Ist die neue Regierung gewillt, diesen Weg zu gehen, so wird sie die Unterstützung der Gewerkschaften haben. Kann sie diesen Weg nicht klar und energig verfolgen, macht ihr die „Wirtschaft“ wie bisher alle möglichen Schwierigkeiten, so gehen wir bösen Zeiten entgegen und niemand weiss, ob in dem Kampf der Bergwerkseigenen gegen Hunger und Elend Reich und Land, Organisation und Kultur bestehen bleiben.

Um so notwendiger ist, jetzt das zu tun, was allein als richtigste im Dunkel der Zeiten erscheint: Stärkung unserer Organisation und unserer Macht!

Der Streit im Zwidauer und Lugau-Delsniger Steinkohlenrevier.

Am 25. Juli traten die Belegschaften des Zwidauer Steinkohlenreviers in den Streit, weil ihnen die am 16. Juli für die Zeit vom 17. ab bewilligte Lohnhöhung zu gering war. Die Betriebsausschüsse des Zwidauer Reviers beschloßen in einer Sitzung am 20. Juli über die zuständigen Gewerkschaften hinweg, von den Arbeitgeber eine einmalige Wirtschaftshilfe von 500000 Mk. je Mann der Belegschaft zu fordern und von den Unternehmern bis zum 24. Juli eine zugehörige Antwort zu verlangen. Letzteres erfüllten die Unternehmer nicht, weil erst am 24. Juli in Berlin Lohnverhandlungen stattfanden. Anstatt daß nun die Belegschaften die Mitteilung des Ergebnisses dieser Verhandlungen abwarteten, traten sie beim Beginn der Frühlingszeit am 25. Juli in den Streit. Bei den Verhandlungen am vorhergehenden Tage war erreicht worden, daß die am 28. Juli ab 2. August zu vereinbarende neue Lohnzulage für die sächsischen Steinkohlenreviere auf den 23. Juli vorab zu zahlen sein sollte. Außerdem sollte eine weitere 10prozentige Sondererhöhung erfolgen. Um diesen Prozentsatz waren nämlich in den vorhergegangenen Lohnverhandlungen die Löhne in den sächsischen Steinkohlenrevieren hinter dem amtlichen Teuerungsindey zurückgeblieben.

Als die Belegschaften dieses Verhandlungsergebnis erfuhren, standen sie bereits im Streit und erklärten es nun für völlig unzureichend.

Inzwischen hatten sich auch die Belegschaften des Lugau-Delsniger Reviers dem Streit angeschlossen.

In der am zweiten Streittage stattgefundenen zentralen Lohnverhandlung wurden aber die ursprünglich ab 2. August gedachten neuen Lohnhöhungen für alle Reviere auf den 28. Juli und gemäß der Vereinbarung vom 24. für die sächsischen Steinkohlenreviere auf den 20. Juli vorabiert. Auch mit diesem Ergebnis erklärten sich die Streikenden nicht einverstanden.

Unsere Bezirksleitungen Zwidau und Lugau betreten nun auf den 22. Juli eine gemeinschaftliche Revierkonferenz ein, die folgende Forderungen aufstellte und in der die Führung der Streits von den Gewerkschaften übernommen wurde:

1. Einführung der 14tägigen reinen Lohnzahlung;
2. Vorabierung der ab 20. Juli bewilligten Lohnzulage auf den 10. Juli;
3. Vorabierung der ab 2. August neu zu bewilligenden Lohnzulage auf den 23. Juli.

Ueber diese Forderungen wurde am folgenden Tage mit dem Bergbauischen Verein in Zwidau verhandelt und restlose Anerkennung erzielt. Am darauffolgenden Tage erreichte man auch vom Reichswirtschaftsminister die Zusicherung, daß den Werken zur Abgeltung dieser Lohnzulagen entsprechende Kohlenpreiserhöhungen gewährt würden. Als die Belegschaften von dieser restlosen Anerkennung der vorerwähnten Forderungen Kenntnis erhielten, nahmen sie im Zwidauer Revier sofort vollständig die Arbeit wieder auf.

Für die Gewerkschaften mußte damit der Streit als beendet gelten. Die Belegschaften im Lugau-Delsniger Revier aber beharrten weiter im Streit und veranlaßten auch die Belegschaften im Zwidauer Revier zur nochmaligen Arbeitseinstellung. Nunmehr wurde eine gemeinschaftliche wilde Konferenz von einer Anzahl Gewerkschaften und Unionisten einberufen und folgende neue Forderungen aufgestellt: Eine einmalige Wirtschaftshilfe von 5 Mill. Mark für Verheiratete mit Kindern, 4 1/2 Mill. Mk. für Verheiratete ohne Kinder und 4 Mill. Mk. für Einzelne. Diese Forderungen wurden nach weiterem einwöchigem Streit, und nachdem den Werken bei den inzwischen wieder stattgefundenen neuen allgemeinen zentralen Lohnverhandlungen für den größten Teil Teuerung im Kohlenpreis zugesichert war, bewilligt. Damit fand der Streit am 11. August im Zwidauer Revier abermals sein Ende, im Lugau-Delsniger Revier erst am 18. August.

Mit diesem Streit befaßte sich am 19. August in Hohenstein eine Konferenz der Funktionäre und Betriebsausschüsse der am Tarifverträge für den Steinkohlenbergbau beteiligten Gewerkschaften. Unser Bezirksleiter Langhans, Zwidau schilberte zunächst die Entstehung und den Verlauf des Streits. Der Streit sei ohne vorherigen Beschluß der zuständigen Gewerkschaften entstanden, trotzdem hätten diese aber in Anerkennung der Notlage der Belegschaften die Führung des Streits übernommen und in einer Revierkonferenz präzisere Forderungen aufgestellt. Diese Forderungen wurden vom Bergbauischen Verein Zwidau restlos anerkannt und damit sei jeder Grund zur Fortsetzung des Streits fortgefallen. Die Belegschaften des Zwidauer Reviers hätten daraufhin auch sofort vollständig die Arbeit wieder aufgenommen. Nur die Belegschaften des Lugau-Delsniger Reviers hätten die Wiederaufnahme der Arbeit verweigert und durch einen nach dem Zwidauer Revier veranstalteten Demonstrationstag die Belegschaften dieses Reviers zum Wiedereintritt in den Streit veranlaßt. Darauf seien in einer wilden Konferenz in Hohenstein neue Forderungen aufgestellt worden, an die zu Beginn des Streits noch niemand gedacht hätte. Diese Art Lohnbewegung sei durchaus ungewerkschaftlich und daher auch von den Gewerkschaften abgelehnt worden. Jetzt hätten die Belegschaften zwar bis zu 5 Millionen Mark einmalige Wirtschaftshilfe erhalten, dafür aber bis zu 10 Millionen Mark Arbeitslohn eingebüßt. Eine solche Methode von Lohnbewegung ende immer zum Schaden der beteiligten Arbeiter. Auch der amtierende Vorsitzende unseres Verbandes, Kamerad Gusemann, rechtfertigte in eingehender Weise im gleichen Sinne die Haltung der Gewerkschaften zu dem Streit.

In der sehr ausführlichen, aber sachlichen Debatte wurde von vielen Rednern die Haltung der Verbandsleitung kritisiert. Und von Delegierten aus dem Klauenischen Revier, dessen Belegschaften gar nicht am Streit beteiligt gewesen sind, wurde ein Antrag gestellt, unserer Bezirksleitung Zwidau ein Mißtrauen auszusprechen. Dieser Antrag wurde in schriftlicher Abstimmung mit 28 gegen 27 Stimmen bei 9 unglücklichen Stimmen abgelehnt. Dieses Abstimmungsergebnis ist also ein Vertrauensvotum für die Gewerkschaftsleitungen mit überwältigender Mehrheit der Organisationsfunktionäre.

So ließ denn die Konferenz nichts von der während des Streits wegen der Haltung der Gewerkschaftsleitungen (wie das bei allen Streits in Erscheinung tritt) vereinzelt beschränkten Befürchtungen einer Mittelschicht aus den Gewerkschaften bemerken, im Gegenteil, alle Funktionäre, die in der Debatte zum Worte kamen, auch diejenigen, die die Verhandlungen am heftigsten kritisierten, bekundeten ihren festen Willen, die Gewerkschaften auch weiterhin zu stärken, und von unserer Bezirksleitung Lugau konnte sogar mitgeteilt werden, daß dort seit Wiederaufnahme des Streits schon wieder annähernd 100 Neuaufnahmen gemacht worden sind.

Unser Widerstand im Urteil der englischen Arbeiter.

Vor einigen Monaten wollte eine Abordnung des englischen Transportarbeiterverbandes unter Führung von Ben Tillet im Ruhrgebiet um die durch die Besetzung geschaffenen Verhältnisse an Ort und Stelle zu untersuchen. Die gewonnenen Eindrücke hat die Abordnung in einer Schrift niedergelegt, welche „Die Ruhe“ betitelt, im Verlag der Labour Publishing Company in London erschienen ist. Der Internationale Gewerkschaftsbund veröffentlicht jetzt Auszüge aus dieser Schrift, denen wir nachfolgendes, den Widerstand der Ruhrarbeiter betreffend, wiedergeben:

Die Politik der deutschen Regierung ging darauf hinaus, die Ruhr zu verparalisieren und Kohlenlieferungen an Frankreich zu verhindern. Der Erfolg der deutschen Politik ist der Erfolg der organisierten Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet. Wir fanden die Arbeiter trotz der großen Opfer sehr zum Widerstand entschlossen. Diese Politik entspricht ihrer freien Überzeugung. Die deutschen Arbeiter wollen nicht unter fremden Besatzungen arbeiten. Sie haben diesen Kurs verfolgt aus Haß gegen den Militarismus und aus Glauben an das Recht zu politischer und wirtschaftlicher Selbstbestimmung und der Einheit Deutschlands.

Arbeiter haben uns erklärt, daß die Franzosen in der Verwirklichung ihrer Pläne gescheitert sind und daß daher deren Agenten mit Hilfe von Streiks und Unruhen in Deutschland zur Kapitulation zu zwingen. Man hat uns auch die Prämie eines „Agent provocateur“ beziffert. Andererseits sagte man auch, daß die Agenten der deutschen Reaktionen in dem Chaos den Triumph ihrer Pläne und die erfolgreich spekulierenden Industriellen die Schwächung der Gewerkschaften und der Macht der Arbeiter erblickten.

Es ist offenbar, daß die Gewerkschaften einen außerordentlich schwierigen Kurs zu steuern haben. Inaktivität der Gewerkschaften würde die Löhne tiefer sinken lassen zum Gefallen der Großindustriellen. Unzufriedenheit in den Fabriken spielen den französischen und deutschen Nationalisten in die Hände.

Zu Beginn der Besetzung erkannten die Gewerkschaften, daß der passive Widerstand die einzige Waffe zur Bekämpfung des französischen Militarismus darstellte. (Der deutsche Arbeiter sieht sich, der Welt ein Beispiel für die Sinnlosigkeit militärischer Methoden gegenüber denen einer entschlossenen Passivität zu geben.) Aktiver gewalttätiger Widerstand gegen die Franzosen würde den Militarismus in Deutschland wieder ins Leben rufen. Vertreter der Arbeiterbewegung schätzten die Bekämpfung des deutschen Kapitalismus viel leichter, wenn dieser weder durch deutschen noch französischen Militarismus unterstützt werde.

Viele kompetente deutsche Beobachter und Bewohner des Ruhrgebietes verneinten, daß der Militarismus im Anmarsch begriffen sei, obwohl die Reaktion in anderen Teilen Deutschlands durch die Besetzung verfestigt worden ist. Die Gewerkschaften haben tatkräftig jedes Anzeichen der Reaktion bekämpft. Oft hat man uns gesagt, daß die Arbeiter des Ruhrgebietes niemals mehr Militarismus erdulden würden und daß monarchistisch-imperialistische Gefühle nicht mehr wiederkehren könnten, aber wir bemerkten, daß gewisse Elemente der politischen Mitte sich jetzt nach rechts gezogen fühlen als Resultat der französischen Besetzung und der extremistischen Gewalttätigkeit.

Die Arbeiter bei Krupp sind so antimilitaristisch, daß sie, wie man uns erklärte, absichtlich, Geschütze für südamerikanische Staaten herzustellen, und daß deren Betriebskomitee die Zulieferung geben mußte, daß in Zukunft keine Rüstungsarbeiten ausgeführt werden.

Aber in der britischen Zone fanden wir viele strenge Beobachter, die uns die Befürchtung äußerten, daß die französische Politik den militärischen Geist und das Verlangen nach Revanche unter den Deutschen wieder belebe. Ein hoher britischer Beamter sagte zu uns: „Vor achtzehn Monaten herrschte unter dem deutschen Volke Wille zum Frieden... jetzt greift eine Wandlung Platz...“ Ein anderer beklagte sich darüber, daß einer der Vorkämpfer der verbündeten Besetzung im Rheinland, die Friedensförderung Carnap, durch die französische Politik vertrieben worden sei und daß französische Militarismus und Autokratie den alten Geist unter dem deutschen Volke wieder erweckt haben.

Wir können uns keinem Zweifel darüber hingeben, daß die Franzosen den Widerstand der deutschen Arbeiter gekrochen sehen möchten. Im Hinblick auf alles, was wir gesehen und gehört haben, können wir nur die Wägung, die Disziplin und die stille Hingebung der deutschen organisierten Arbeiter in dieser unruhigen und kritischen Periode bewundern.

Die „strengen Beobachter“ in der britischen Zone mögen zu einem gewissen Teil recht haben. Jede nationale Entwürdigung, wie sie jetzt dem deutschen Volke durch den französischen Militarismus zugefügt wird, läßt naturgemäß in allen Volksteilen einen nationalen Trotz entstehen. Was sich aber im Ruhrgebiet bemerkbar macht, ist weniger der läbliche „Nationalismus“, als ein gewisser Genuß, nationaler Gedanke. Richtig sagen die englischen Arbeitervertreter eingangs des Berichts, daß der Abwehrzweck ein solcher der organisierten Arbeiterbewegung sei. Träger dieses Abwehrwillens ist aber nicht nur der lobenswerte Haß gegen den kulturell überhebenden Militarismus, sondern auch jenes gesunde, nationale Empfinden. Dieses wird vertieft, je hartnäckiger der militärische Druck wird, je größer die Gefahr der Zerteilung Deutschlands.

Moderne Sklavenhalter.

Die Auswanderung der polnischen Bergarbeiter nach den nordfranzösischen Kohlengebieten nimmt immer mehr zu. Ganze Kolonien sind schon dort entstanden und die Belegschaften mancher Gruben weisen schon bis zu 50 Prozent polnischer Bergarbeiter auf. Den größten Prozentsatz dazu liefert das Ruhrgebiet, aus dem schon fast die Hälfte der polnischen Bergleute abgewandert ist. Angeleitet durch eine lügenhafte Werbepropaganda der französischen Grubenbesitzer und der polnischen Franzosenfreunde, lassen die auswandernden Grubenproleten, in Frankreich größere Freiheitsjünger und bessere Arbeitsverhältnisse zu finden. Wie es aber damit beschaffen ist, zeigt eine Zeitschrift aus Warschau, die „Gazeta Gornicza“, das polnische Organ des schlesischen Bergarbeiterverbandes, der wir folgendes entnehmen:

Die von der katholischen Arbeiterzentrale angeworbenen Bergleute, die aus Polen und Schlesien kommen, werden in Bosten von einer dort amtierenden französischen Arbeitermission auf ihre bewußte Laugigkeit untersucht. Die Untersuchung wird überaus brutal gehandhabt und die tageliche „Ware“ wird ausgeleert. Dem von Schicksal überfallenen wird ein Stempel auf die Brust gedrückt zum Zeichen, daß die „Ware“ für gut befunden wurde und daß sie gekauft werden soll. Die Angeworbenen erhalten eine Anleihekarte, die ihnen das Recht gibt, in den eigens zu diesem Zweck erbauten Baracken zu kampieren und sich mit der schlechtesten Kost bis zur Ausfahrt nach Frankreich zu ernähren. Der Aufenthalt in den Baracken dauert einige Tage. Dann werden die Arbeiter zusammen mit Frauen und Kindern, die zu ihren schon in Frankreich arbeitenden Männern und Vätern reisen, in dicht verschlossene Waggons gepackt, um nicht entweichen zu können, und nach dem Konzentrationslager in Loul in Kolpingen befördert. Für die Reise bekommt jeder ein Zweifelhafes Brot und zwei Büchsen mit Konserven.

In Loul werden die Auswanderer mindestens einen halben Tag und eine Nacht in den drei Kilometer von Bahnhof entfernten Baracken festgehalten, wohin sie unter militärischer Bedeckung zu Fuß getrieben werden. Hier findet eine erneute Sortierung der „Ware“ statt. Alsdann werden die Arbeiter gemischt, entkoppelt und gebadet, danach werden sie wieder wie in Bosten ärztlich und beruflich untersucht. Erst nach Beendigung dieser Formalitäten werden sie in die sogenannte Kontrakthalle geführt, wo sie von einer Reihe verschiedener Agenten beesehen, betastet, heroen und ausgefacht werden, um „das Beste“ zu kaufen, den Kontrakt abzuschließen und es den Ausbeutungsorgani zu verpfänden. Der Kontrakt gilt mindestens für ein Jahr. Arbeits- und Lohnzeit darf innerhalb dieses Zeit-

raumes nicht gemischt werden. Dadurch wird der Arbeiter ein völliger Sklave des Arbeitgebers.

Die „glücklichen“ Bergleute, die zur Arbeit angenommen wurden, beginnen damit am Tage nach der Ankunft. Sie bekommen die schlaueste Arbeit und wohnen in verfallenen Holzbaracken. Die Steiger bekommen neben ihrem Monatsgehalt eine Forderung, weshalb sie die Bergleute fortwährend antreiben. Wenn der Arbeiter innerhalb zwei Wochen sein Geld im Gebirge nicht erreicht, was bei 95 v. H. nicht gelingt, erhält er einen von der Verwaltung willkürlich festgesetzten Schlichtlohn, der natürlich zum Nutzen des Unternehmers bemessen wird. Außerdem gibt es drei Lohnklassen; die letzte ist um 20 Prozent niedriger wie die erste und über dieser werden die polnischen Bergleute zugeteilt. Der Steiger verspricht ihnen für gesteigerte Leistung eine bessere Bezahlung, die dann über ihre Kräfte draußlos mühen und sich dadurch die Ungutredigkeit und die Verachtung der einheimischen Kameraden zuziehen und von ihnen als Vohndrücker betrachtet werden.

Die polnische Regierung läßt den Emigranten eine große „Fürsorge“ angedeihen. Sie läßt ihnen Spurens ganze Bänder von Pfaffen, angebliebenen Lehrern und Dolmetschern folgen, die gemeinsam die Seele des polnischen Arbeiters überwachen. Überall, wo unsere Arbeiter schafften, wimmelt es von reaktionären Vereinen und Organisationsbüros. Diese Gesellschaft hat freie Wohnung, Licht und Heizung und geniest noch viele andere Vorteile. Es ist darum verständlich, daß alle diese „Götter“ und „Beschützer“ der polnischen Arbeiter im Solde des französischen Kapitals stehen.

Unter diesen Umständen wird die Kontraktzeit nur von wenigen Arbeitern eingehalten. Die meisten flüchten schon nach kurzer Zeit und kommen dadurch in eine schreckliche Lage. Arbeitslos irren sie umher, denn ohne Papiere finden sie nirgendwo Beschäftigung. Verlummt und verelendet werden sie von der Polizei aufgegriffen, denn oft zwingt sie der Hunger zum Diebstahl.

Solchem Martyrium sind also die polnischen Bergarbeiter ausgesetzt, die auf die Heimruten der französischen Ausbeuter kriechen. Und die polnische Regierung ist noch diesen modernen Sklavenholdern beifällig, sie verurteilt und verkauft ihre eigenen Landskinder an ihre französischen „Freunde“, statt sie einbringlich vor der Auswanderung nach dem französischen Grubengebiet zu warnen. Wir müssen leider dazu noch feststellen, daß auch die polnische Berufsvereinigungen dieser Verblüdung der polnischen Bergarbeiter nicht entgegengetreten, diese vielmehr zur Auswanderung noch ermuntert.

Soziales Recht - Arbeiterversicherung.

Höhere Zulagen aus der Unfallversicherung.

In der achten Berrechnung über Erhöhung der Zulagen in der Unfallversicherung vom 20. August 1923 wird der angenommene Jahresarbeitsverdienst, nach welchem die Zulagen zu den Unfallrenten berechnet werden, gegenüber dem Jahresarbeitsverdienst der siebenten Berrechnung vom 6. August 1922 verdoppelt. Für die Zeit vom 1. August ab müssen die alten Unfallrenten nebst Zulagen getragen bei einer Erwerbsverminderung von monatlich

33 1/2 %	1126000 Mk.	70 %	6048000 Mk.
35	1181000	75	6480000
40	1360000	80	8120000
45	1518750	90	7776000
50	2320000	100	8640000
60	5184000	120	(Grenze) 10368000
66 2/3 %	5760000	150	12960000

Die monatlichen Hinterzinsverpflichtungen betragen für eine Person 2592000 Mk., für zwei Personen 3184000 Mk. und für drei Personen 7776000 Mk. Für das besetzte und Einbruchgebiet sind alle Beträge um 25 Prozent höher.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Verlängerung des Kohleninduzats.

Am 22. August wurde von der Mitgliederversammlung die Verlängerung des Kohleninduzats in der bisherigen Form um drei Monate, bis Ende 1923, beschlossen. Eine Änderung tritt nur insofern ein, als die Belegungsstellen wieder ausgeschrieben werden und die Berechnung zwischen der Syndikatshandelsgesellschaft und den Belegern erfolgt.

Die kurze Dauer der Verlängerung läßt darauf schließen, daß gewisse Leute die Pläne auf Abschlagung der Kohlenrentenwirtschaft noch nicht aufgegeben haben.

Bergrecht in Rußland.

Der bisher in Rußland nach Erzen schürfen wollte, bedurfte hierzu, wie in den meisten Ländern, der Genehmigung der Regierung. Rußlands Bergbau liegt aber sehr darnieder und die Erzförderung ist noch zum Teil unerforscht. Das jetzige Sowjetrußland gibt sich alle Mühe, das Interesse für die Erforschung und den Bergbau zu heben. In der am 6. Juli in Moskau abgehaltenen Sitzung des Exekutivkomitees wurde ein Antrag zu einem neuen Bergbauvertrag beraten, in welchem die Freiheit aller Bürger bei der Erforschung nach Erzlagerstätten festgelegt werden soll. Diejenigen Bürger, die Erzlager ausfinden, sollen ein Vorkaufrecht beim Abbau der Lagerstätten erhalten, letztere bleiben jedoch Eigentum des Staates. Der Antrag wurde einer Kommission überwiesen, doch ist mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß er Gesetz wird.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Berggewerbegerichtsbarkeit unter Polizeiaufsicht.

Die Weltgeschichte ist um ein neues Unikum bereichert. Bergarbeiter gehört der Ruhm. Berggewerbegericht mit Polizeiaufsicht? Nein, so etwas war noch nie da, wird es hoffentlich auch nie mehr geben.

Am 26. Juni war Termin gegen die Juche Auguste Vittoria vor der Spruchkammer Reddinghausen-West unter Vorsitz des oben genannten Herrn. Sechs Klagefachen standen zur Verhandlung. Es konnten nur zwei Sachen erledigt werden, die anderen mußte man zurückstellen, weil die in der Klageschrift benannten Zeugen (für welche auch die Zeugenverpflichtung eingeholt waren) nicht geladen waren. Der vorliegende Bergarbeiter scheint auch seine eigenen Umgangformen zu haben, welche gegen Berggewerbetreiber übermäßig höflich, gegen Arbeiter und ihre Vertreter übermäßig unhöflich sind. Hier Denozugung, dort Beschneidung in der Beweisführung; hier Höflichkeitsschreien, dort Anschreien. Auf alle Fälle ist dem Herrn die notwendige Objektivität nicht geläufig. Aus diesen Ursachen kam es zwischen ihm und dem Kameraden Mühlen, der als Vertreter der Klager auftrat, an diesem Tage zu harter Zehde. Der den Kameraden Mühlen kennt, weiß, daß jeder vernünftige Mensch mit ihm fertig werden kann.

Am 27. Juli war die nächste Verhandlung. Und was tat da der Bergarbeiter? Er ließ Polizei kommen, um mit ihr die „Wärde des Gerichts“ zu wahren!

Wir haben in Deutschland viele Gewerbegerichte, mehrere Berggewerbegerichte und viele Spruchkammern, doch überall haben die Vorstehenden so viel Geschäft ausgebracht, um nicht im untersten an einen Polizeiaufzug auch nur denken zu brauchen. Und wer das nicht fertig bringt, soll von solchen Gerichten die Finger lassen.

Bekämpfung des Vohndrückens.

Besonders beim Hochtreiben von Aufbrücken macht sich der Vohndruck dadurch läßt bemerkt, daß er von den verbrauchten Schichtarbeitern ausgeht und die Arbeitsstelle mit einer

dichten Staubwolke ausfüllt. Ein alter Bestelnhauer, der Kamerad August Zeidler, wohnhaft in Rastrop, Frohlindestraße 28, hat sich lange mit dem Problem beschäftigt, wie wohl am besten diesem Uebel abgeholfen wäre. Er ging von den richtigen Gedanken aus, daß die Bohrvorrichtungen nicht durch Komplikationen erschwert werden dürfen. Die heute schon gebräuchlichen Staubfänger oder Staubsauger sollen deshalb ungeeignet sein, weil sie unhandlich und schwer anzubringen sind und von den Bergleuten ungern gebraucht werden. Er erfindet deshalb einen Vohndruck der verbrauchten Bohrhammerluft. Dieses ist ein Schlauch aus Leinwand, der schnell an dem Bohrhammer anzubringen und sehr leicht ist. Die Luft kommt dadurch mit dem Staub nicht in Verührung. Nach vorliegenden Zeugnisabschriften sprechen mehrere Kameradschaften, welche die Erfindung ausprobiert haben, sich lobend darüber aus. Betriebsräte, die ein Interesse daran haben, mögen sich zwecks Durchführung der Erfindung an obige Adresse wenden.

Wägung. Bergarbeiter aus dem Ravensbergischen und dem Freikant Lippel.

Der Vorstand unseres Verbandes hat sich wiederholt an die Wirtschaftliche Außenstelle in Hamm gewandt bezüglich Entschädigung der Bergarbeiter, die im besetzten Gebiet arbeiten und im unbesetzten Gebiet wohnen, jetzt aber infolge der verschärften Verkehrsperre nicht zu ihrer Arbeitsstelle gelangen können.

Untern 22. August ging nachfolgendes Antwortschreiben von der Wirtschaftlichen Außenstelle ein, welches wir zur Orientierung der von der Sperre betroffenen Bergarbeiter wörtlich folgen lassen:

Nachstehend werden Ihnen die Richtlinien, die den Herren Regierungspräsidenten für die jetzige Sperre mitgeteilt worden sind, übersandt:

Im Benehmen mit dem Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt, daß auch für die jetzige Verkehrsperre die Bestimmungen über die Verlorenung der ausgesetzten Arbeitnehmer bei der vorliegenden Verkehrsperre in Geltung bleiben. Auf unsere diesbezügliche Schreiben vom 4. Juli (N.-Nr. 1488) sowie vom 31. Juli (N.-Nr. 2201) wird hierbei Bezug genommen. Jedoch kann die im besetzten Gebiet zugelassene besondere Fürsorge in Höhe von zwei Dritteln des Lohnes (Lohnsicherung) — in keinem Fall darüber hinaus — nur für solche Arbeiter in Frage kommen, die schon vor der Sperre ohne Kenntnis ihrer Verhängung ins unbesetzte Gebiet eingereist waren, z. B. wegen Krankheit, Urlaub u. dgl. Arbeitnehmer, die erst nach Verhängung der Sperre oder in Kenntnis derselben eingereist sind, werden nur in den Fällen ausnahmsweise berücksichtigt werden können, in denen die Einreise durch besondere dringende Umstände, eigene Krankheit, Krankheit in der Familie, veranlaßt worden ist und die Rückkehr ins besetzte Gebiet unmöglich geworden ist. Ausreise durch die Sperre ins unbesetzte Gebiet zum Zwecke der Lebensmittelausstattung kann als ausreichender Grund in der Regel nicht anerkannt werden. Für Arbeitnehmer, die hiernach mit der Lohnsicherung des besetzten Gebietes nicht versorgt werden können, kommt lediglich die allgemeine Arbeitslosenernennung des unbesetzten Gebietes (in Randgebieten verstärkte individuelle Gewerkschaftsfürsorge) in Betracht.

Wir ersuchen die Bergarbeiter, sich diese Notiz aufzugeben für den Fall, daß ihnen von den Arbeitsämtern oder Kreisbeschäftigten in der Auszahlung der Unterstützung Schwierigkeiten im Wege liegen. Der Vorstand: J. A.: Fr. Böhmer.

Südbentland. Zahlstelle Beiting.

Am 8. August verunglückte der Kamerad Georg Schleich durch vorzeitiges Entladen eines Sprengschiffes tödlich. Der Verunglückte war langjähriges Mitglied unseres Verbandes und Funktionär der Zahlstelle. Auch war er längere Zeit Knappschaftsleiter. Die Zahlstelle verlor einen wackeren Mitarbeiter. Wir werden sein Andenken in Ehren halten. Die Ortsverwaltung.

Bezirk Saargebiet. Neue Lohnverhöhung im Saarbergbau.

Nach schwierigen Verhandlungen hat die Saarbergbau-Industrie den Verbänden der Arbeitsgemeinschaft eine Lohnverhöhung von 1 Fr. pro Schicht für August und weitere 0,60 Fr. für September zugesagt.

Das Veder-Verbandchen sucht diesen Erfolg den Arbeitsgemeinschaftsorganisationen streitig zu machen und die Erhöhung als Gefolge seines Verbandes hinzustellen, da dieser schon am 12. Juli eine Lohnforderung gestellt habe. Unsere Kameraden stellen durch Nachfrage bei der Direktion fest, daß diese mit dem Veder-Verbandchen nicht verhandelt, sondern den Abschluß mit den Verbänden der Arbeitsgemeinschaft nachträglich von Veder hat unterzeichnen lassen.

Jubiläumstafel

Den Älteren zur Ehr Den Jungen zur Lehr

Der Kamerad Franz Hage, Zahlstelle Bombruch, ist 30 Jahre Verbandsmitglied und heute noch Knappschaftsleiter. — Der Kamerad Herr Pöggold gehört seit 1889 dem Verbands an und ist heute noch vorbildlicher Verbandsarbeiter.

25jährige Verbandszugehörigkeit

bei langjähriger Verbandsfunktion haben folgende Kameraden hinter sich: Johann Caubald, Zahlstelle Mark; Johann Rilm, Zahlstelle Polsterhausen, Bezirk Gladbeck; Johann Adamiga, Zahlstelle Blommarkhütte in Pöln-Oberhieslein; Emil Bäberer, Zahlstelle Reddinghausen, Süd II; Gustav Eriel, Zahlstelle Alt-Lässig, Kreis Waldenburg.

Zur Beachtung! Alle Zuschriften für die Jubiläumstafel müssen Angaben über innegehabte Verbandsämter der Jubiläre enthalten. Andere Zuschriften werden nicht berücksichtigt. Wer nie Verbandsfunktionen ausübte, kann nicht berücksichtigt werden.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 26. Woche (vom 2. bis 8. September) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Adressenveränderung.

Wittenbachum. Der Kassierer Hr. Sokolowski hat seinen Namen ändern lassen auf Fritz Falkner und wohnt Wasserstraße 43b.

Krantergelddauszahlung.

Oeffel II. Das Krantergel wird jeden zweiten Sonntag im Monat, morgens 9 1/2 Uhr, im Botale Floßbach, also eine halbe Stunde vor der regelmäßigen Mitgliederversammlung, ausgezahlt.

Zur Beachtung! Allen Mitgliedern, welche Bestellungen auf nicht erhalten haben, bitte zur Kenntnis, daß die Bestellungen auf verfaßt sind. Eine Neuauflage kann in absehbarer Zeit nicht erfolgen. H. Hansmann & Co., Beckum.

Kameraden, agitiert für den Verband